

Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau Schmidt
Tel. 05 61/7 87.12 24
Fax 05 61/7 87.21 82
E-Mail:
Nicole.Schmidt@stadt-kassel.de

Kassel, 11.03.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **36.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen lade ich ein für

**Mittwoch, 18.03.2009, 17.00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

1. **Betriebsführungsvertrag KEB
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.03.2008**
Bericht des Magistrats
- 101.16.721 -
2. **Callcenter für die Region
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 03.11.2008**
Bericht des Magistrats
- 101.16.1053 -
3. **Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 114 f
Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2009;
- Liste 2/2009 -**
Vorlage des Magistrats
Berichtersteller/in: Stadtkämmerer Dr. Barthel
- 101.16.1231 -
4. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2008;
- Kenntnisnahme Liste IX/2008 -**
Vorlage des Magistrats
Berichtersteller/in: Stadtkämmerer Dr. Barthel
- 101.16.1245 -

5. **Personalsituation in der Kinder- und Jugendförderung**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Boeddinghaus
- 101.16.1094 -
6. **Fortschreibung des Gebäudesanierungs- sowie des Gebäudeneubauprogramms**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Bodo Schild
- 101.16.1199 -
(gleichzeitig im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung)
7. **Umsetzung des Zukunftsprogrammes der Stadt Kassel
- hier: Leuchtturmprojekt "Science Park"**
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Rüschenndorf
- 101.16.1203 -
8. **Finanzieller Zuschuss für Jugendliche in Karnevalsvereinen**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Stähling-Dittmann
- 101.16.1219 -
9. **Bedarfs- und Raumnutzungskonzept für die Städtische Verwaltung**
Antrag der FDP-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Oberbrunner
- 101.16.1220 -
10. **Reduzierung der Abfallentsorgungsgebühren**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Kalb
- 101.16.1225 -
11. **Web-Service zum Bürgerengagement in der Stadt Kassel durch
Beteiligung an dem Bundesprojekt "Engagierte Kommunen"**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Rüschenndorf
- 101.16.1248 -

Mit freundlichen Grüßen

Georg Lewandowski
1. Stellvertretender Vorsitzender

Niederschrift

über die 36. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am Mittwoch, 18.03.2009, 17.00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 1. | Betriebsführungsvertrag KEB | 101.16.721 |
| 2. | Callcenter für die Region | 101.16.1053 |
| 3. | Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2009; - Liste 2/2009 - | 101.16.1231 |
| 4. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2008; - Kenntnisnahme Liste IX/2008 - | 101.16.1245 |
| 5. | Personalsituation in der Kinder- und Jugendförderung | 101.16.1094 |
| 6. | Fortschreibung des Gebäudesanierungs- sowie des Gebäudeneubauprogramms | 101.16.1199 |
| 7. | Umsetzung des Zukunftsprogrammes der Stadt Kassel - hier: Leuchtturmprojekt "Science Park" | 101.16.1203 |
| 8. | Finanzieller Zuschuss für Jugendliche in Karnevalsvereinen | 101.16.1219 |
| 9. | Raumbedarfs- und Nutzungskonzept für die Städtische Verwaltung | 101.16.1220 |
| 10. | Reduzierung der Abfallentsorgungsgebühren | 101.16.1225 |
| 11. | Web-Service zum Bürgerengagement in der Stadt Kassel durch Beteiligung an dem Bundesprojekt "Engagierte Kommunen" | 101.16.1248 |

1. Stellvertretender Vorsitzender Lewandowski eröffnet die mit der Einladung vom 11.03.2009 ordnungsgemäß einberufene 36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Auf Antrag von Stadtverordneten Schöberl wird Tagesordnungspunkt

7. Umsetzung des Zukunftsprogrammes der Stadt Kassel

- hier: Leuchtturmprojekt „Science Park“

Anfrage der Fraktion B90/Grüne

- 101.16.1203 –

von der Tagesordnung abgesetzt.

1. Stellvertretender Vorsitzender Lewandowski stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

- 1. Betriebsführungsvertrag KEB
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.03.2008
Bericht des Magistrats
- 101.16.721 -**

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, **die Möglichkeiten einer gemeinsamen Aufgabenerfüllung Stadtentwässerung und Frischwasserversorgung unter dem Dach des KVV-Konzerns oder dem Eigenbetrieb KEB erneut zu prüfen und darüber im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu berichten. Dabei sind folgende Ziele besonders zu berücksichtigen:**

- 1. Der Einfluss der städtischen Gremien ist zu erhalten.**
- 2. Die Möglichkeiten einer regionalen Ausweitung des KEB wird weiterhin aktiv vorangetrieben.**
- 3. Der KVV-Konzern und der Kasseler Entwässerungsbetrieb werden auf Dauer wirtschaftlich gestärkt und gesichert.**
- 4. Die Abwassergebühren bleiben mindestens in den nächsten 3 Jahren stabil. Eine Gebührenstabilität in den Folgejahren wird angestrebt.**
- 5. Die ökologischen Ziele des Kasseler Entwässerungsbetriebes werden weiterhin verfolgt.**

Stadtbaurat Witte erklärt, dass sich der Magistrat der schriftlichen Stellungnahme des Kasseler Entwässerungsbetriebes anschließt.

Der Bericht von Stadtbaurat Witte wird zur Kenntnis genommen.

**2. Callcenter für die Region
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 03.11.2008
Bericht des Magistrats
- 101.16.1053 -**

Beschluss

Der Magistrat wird beauftragt **zu prüfen, ob und wie** am Beispiel der Städte Köln, Bonn und Leverkusen, mit den Umlandgemeinden ein regionalisierungsfähiges gemeinsames „Callcenter“ als kundenorientiertes Dienstleistungszentrum in Verwaltungsfragen für die Bürgerinnen und Bürger **eingerrichtet werden kann**. Damit kann bei allen beteiligten Kommunen die Servicequalität verbessert und gleichzeitig ökonomischer gearbeitet werden. **Der Magistrat soll im Ausschuss Entwicklung der Region Kassel und im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen im März 2009 berichten.**

Oberbürgermeister Hilgen berichtet für den Magistrat und beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht von Oberbürgermeister Hilgen wird zur Kenntnis genommen.

**3. Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2009; - Liste 2/2009 -
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1231 -**

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 f Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 2/2009 enthaltene Mehraufwendung/-auszahlung (wirkt sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2009 wie eine über- und außerplanmäßige Aufwendung/Auszahlung aus)
im Finanzhaushalt in Höhe von 55.000,00 €.“

Im Rahmen der Diskussion beantwortet Stadtbaurat Witte die Fragen der Ausschussmitglieder.

Stadtverordneter Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG, fragt, ob es zutrifft, dass der Deckungsvorschlag aus Mitteln der Flursanierung Rathaus zur Verfügung steht, weil diese sich aufgrund der Umsetzung des Konjunkturprogramms verzögert bzw. entfällt. Er bittet die Antwort ins Protokoll aufzunehmen.

Stadtbaurat Witte weist daraufhin, dass die Deckungsmittel nicht wegen fehlender Planungskapazitäten zur Verfügung gestellt werden können. Im Rahmen des Konjunkturprogramms sind im Bereich ‚Sanierung Rathaus‘ 1,5 Mio. Euro in den Jahren 2009 und 2010 umzusetzen und auszugeben. Nicht alle Arbeiten im Rathaus können überall und gleichzeitig gemacht werden. Es werden daher erst die Projekte im Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm abgearbeitet, da die Gelder die dafür zur Verfügung stehen und nicht ausgegeben werden nach Fristablauf gestrichen werden. Aus diesem Grund können wir nicht alles machen. Sollten Maßnahmen wegen fehlender Planungskapazität ins Stocken kommen, werden diese vermehrt an Dritte vergeben werden.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP

Ablehnung: Kasseler Linke.ASG

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2009; - Liste 2/2009 -, 101.16.1231, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Merz

4. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2008; - Kenntnisnahme Liste IX/2008 -

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1245 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von der in der beigefügten Liste IX/2008 gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO bewilligten Aufwendung/Auszahlung

im Ergebnishaushalt in Höhe von 48.600,00 €

Kenntnis zu nehmen.

Stadträtin Janz beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Zur Kenntnis genommen

5. Personalsituation in der Kinder- und Jugendförderung

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1094 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat

zur Personalentwicklung im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit (Jugendzentren, aufsuchende Arbeit - ohne Verwaltungsstellen und betreutes Wohnen):

1. Wie viele MitarbeiterInnen waren zum Stichtag 01.01.2005 in der Abteilung Kinder- und Jugendförderung beschäftigt?. Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 1.2. Wie viele MitarbeiterInnen wurden im Laufe des Jahres 2005 in dem Bereich eingestellt? Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 1.3. Wie viele der Einstellungen waren befristet? Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 1.4. Welches waren die Befristungsgründe? Bitte Zahlenmäßige Zuordnung der Befristungen zu den Befristungsgründen.
- 1.5. Wie viele der 2005 mit befristeten Arbeitsverhältnissen eingestellten Mitarbeiterinnen sind noch heute für die Stadt Kassel tätig? Wie viele dieser Beschäftigungsverhältnisse sind davon immer noch befristet?
- 1.6. Wie viele Stunden wurden im Jahr mit der Beschäftigung von Honorarkräften in diesem Bereich zusätzlich eingekauft?
2. Wie viele MitarbeiterInnen waren zum Stichtag 01.01.2006 in der Abteilung Kinder- und Jugendförderung beschäftigt?. Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 2.2. Wie viele MitarbeiterInnen wurden im Laufe des Jahres 2006 in dem Bereich eingestellt? Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 2.3. Wie viele der Einstellungen waren befristet? Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 2.4. Welches waren die Befristungsgründe? Bitte Zahlenmäßige Zuordnung der Befristungen zu den Befristungsgründen.

- 2.5. Wie viele der 2006 mit befristeten Arbeitsverhältnissen eingestellten Mitarbeiterinnen sind noch heute für die Stadt Kassel tätig? Wie viele dieser Beschäftigungsverhältnisse sind davon immer noch befristet?
- 2.6. Wie viele Stunden wurden im Jahr mit der Beschäftigung von Honorarkräften in diesem Bereich zusätzlich eingekauft?
3. Wie viele MitarbeiterInnen waren zum Stichtag 01.01.2007 in der Abteilung Kinder- und Jugendförderung beschäftigt?. Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 3.2. Wie viele MitarbeiterInnen wurden im Laufe des Jahres 2007 in dem Bereich eingestellt? Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 3.3. Wie viele der Einstellungen waren befristet? Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 3.4. Welches waren die Befristungsgründe? Bitte Zahlenmäßige Zuordnung der Befristungen zu den Befristungsgründen.
- 3.5. Wie viele der 2007 mit befristeten Arbeitsverhältnissen eingestellten Mitarbeiterinnen sind noch heute für die Stadt Kassel tätig? Wie viele dieser Beschäftigungsverhältnisse sind davon immer noch befristet?
- 3.6. Wie viele Stunden wurden im Jahr mit der Beschäftigung von Honorarkräften in diesem Bereich zusätzlich eingekauft?
4. Ist es zutreffend, dass z. Zt. Neueinstellungen im diesem Bereich grundsätzlich bzw. regelhaft befristet werden? (Wenn ja bitte mit Angaben der üblichen Befristungszeiten und der Gründe.)
5. Wie beurteilt der Magistrat die Auswirkungen der Personalentscheidungen (Befristungen / Umsetzungen), die aus Gründen der Personalbewirtschaftung, also aus nichtpädagogischen, nicht fachlichen Gründen getroffen werden, auf die Qualität der Kinder- und Jugendarbeit gerade im Hinblick auf die Prinzipien von Kontinuität und Verlässlichkeit?
6. Oberbürgermeister Bertram Hilgen hat mehrfach öffentlich erklärt, dass die Feuerwehr, die Beschäftigten in den Kindertagesstätten und auch die Beschäftigten in der Kinder- und Jugendförderung von dem Prinzip der Stellenbesetzungssperre ausgenommen sind. Ist es zutreffend, dass die Ausnahmeregelung im Bereich der Kinder- und Jugendförderung nur deswegen zugestanden wird, weil dort 1,5 Stellen dauerhaft nicht besetzt werden? Haben auch die beiden anderen Bereiche (Feuerwehr und Kindertagesstätten) "Gegenleistungen" erbringen müssen, um hier bei der Stellenbewirtschaftung eine Sonderrolle einnehmen zu können?

Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Fragen und sagt die schriftliche Antwort zum Protokoll zu. (siehe Anlage)

Die Anfrage wird von Oberbürgermeister Hilgen beantwortet.

6. Fortschreibung des Gebäudesanierungs- sowie des Gebäudeneubauprogramms

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1199 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Konsequenz aus den über das Hessische Sonderinvestitionsprogramm Schul- und Hochschulbau sowie über die im Rahmen des Konjunkturpaketes II des Bundes zu realisierenden Hochbausanierungsmaßnahmen nach der Beschlussfassung und der entsprechenden Bewilligung der Projekte durch Land und Bund das Gebäudesanierungsprogramm sowie das Gebäudeneubauprogramm zu überarbeiten und fortzuschreiben. Ziel soll sein, bereits für den Haushalt 2010 ein Investitionsprogramm für die folgenden Jahre vorzulegen, welches die weiteren notwendigen Sanierungs- und Baumaßnahmen im Schulbereich enthält, die nicht durch die genannten Förderprogramme realisiert werden konnten.

Stadtverordneter Schild begründet den Antrag für die CDU-Fraktion.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: CDU, Kasseler Linke.ASG, FDP

Ablehnung: SPD, B90/Grüne

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Fortschreibung des Gebäudesanierungs- sowie des Gebäudeneubauprogramms, 101.16.1199, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. Wett

- 7. Umsetzung des Zukunftsprogrammes der Stadt Kassel**
- hier: Leuchtturmprojekt "Science Park"
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.1203 -

Abgesetzt

- 8. Finanzieller Zuschuss für Jugendliche in Karnevalsvereinen**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1219 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Den Karnevalsvereinen in der Stadt Kassel wird, analog zu den Regelungen für die Sportvereine, zur Förderung ihrer Jugendarbeit ein finanzieller Zuschuss für jedes jugendliche Mitglied gezahlt. Der Magistrat wird aufgefordert festzustellen, in welcher Höhe zusätzliche Haushaltsmittel erforderlich sind und vorzuschlagen, wie diese noch in 2009 bereitgestellt werden können.

Stadtverordneter Schmidt begründet den Antrag für die CDU-Fraktion.

Im Rahmen der Diskussion ändert Stadtverordneter Dr. Wett den Antrag für die CDU-Fraktion wie folgt.

➤ Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Den Karnevalsvereinen in der Stadt Kassel wird, analog zu den Regelungen für die Sportvereine, zur Förderung ihrer Jugendarbeit ein finanzieller Zuschuss für jedes jugendliche Mitglied gezahlt. Der Magistrat wird aufgefordert festzustellen, in welcher Höhe zusätzliche Haushaltsmittel erforderlich sind und **diese in den nächsten Haushalt einzubringen.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der CDU-Fraktion betr. Finanzieller Zuschuss für Jugendliche in Karnevalsvereinen, 101.16.1219, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Rönz

9. Raumbedarfs- und Nutzungskonzept für die Städtische Verwaltung Antrag der FDP-Fraktion - 101.16.1220 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt für die Städtische Verwaltung ein Bedarfs- und Raumnutzungskonzept zu erstellen.

Stadtverordneter Oberbrunner begründet den Antrag für seine Fraktion und ändert den Antrag wie folgt.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt für die Städtische Verwaltung ein **Raumbedarfs- und Nutzungskonzept** zu erstellen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, FDP

Ablehnung: SPD, CDU

Enthaltung: B90/Grüne

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der FDP-Fraktion betr. Raumbedarfs- und Nutzungskonzept für die Städtische Verwaltung, 101.16.1220, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

10. Reduzierung der Abfallentsorgungsgebühren

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1225 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bis zum 30.06.2009 ein Konzept zur mittelfristigen Reduzierung der Abfallentsorgungsgebühren vorzulegen. Ziel soll sein, die Entsorgungsgebühren in der Stadt Kassel auf ein Niveau der Gebühren im Landkreis Kassel zu bringen.

Stadtverordneter Schmidt begründet den Antrag für seine Fraktion. Im Rahmen der Diskussion beantworten Bürgermeister Junge und Herr Halm, Betriebsleiter Die Stadtreiniger Kassel – Eigenbetrieb, die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: CDU, FDP

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Reduzierung der Abfallentsorgungsgebühren, 101.16.1225, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Geselle

11. Web-Service zum Bürgerengagement in der Stadt Kassel durch Beteiligung an dem Bundesprojekt "Engagierte Kommunen"
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1248 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich in Zusammenarbeit mit dem Freiwilligenzentrum Kassel an dem Modellprojekt „Engagierte Kommunen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zu beteiligen.

Stadtverordneter Schöberl begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Web-Service zum Bürgerengagement in der Stadt Kassel durch Beteiligung an dem Bundesprojekt "Engagierte Kommunen", 101.16.1248, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

Ende der Sitzung: 19.05 Uhr

Georg Lewandowski
1. Stellvertretender Vorsitzender

Nicole Schmidt
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 36. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
Wirtschaft und Grundsatzfragen am
Mittwoch, 18.03.2009, 17.00 Uhr
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Jürgen Kaiser, SPD
Vorsitzender

Georg Lewandowski, CDU
1. Stellvertretender Vorsitzender

Gernot Rönz, B90/Grüne
2. Stellvertretender Vorsitzender

Uwe Frankenberger, MdL, SPD
Mitglied

Petra Friedrich, SPD
Mitglied

Christian Geselle, SPD
Mitglied

Dr. Bernd Hoppe, SPD
Mitglied

Gabriele Jakat, SPD
Mitglied

Manfred Merz, SPD
Mitglied

Dr. Günther Schnell, SPD
Mitglied

Dr. Maik Behschad, CDU
Mitglied

Bernd-Peter Doose, CDU
Mitglied

Donald Strube, CDU
Mitglied

Dr. Norbert Wett, CDU
Mitglied

Karin Müller, MdL, B90/Grüne
Mitglied

i.v. Gide
Uwe Frankenberger
J. Rönz
Frankenberger
P. Friedrich
Christian Geselle
Dr. Bernd Hoppe
H. Jakat
Manfred Merz
G. Schnell
i.v. Behschad
Schuld
Bernd-Peter Doose
Donald Strube
Dr. Norbert Wett
Karin Müller

Karl Schöberl, B90/Grüne
Mitglied

Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG
Mitglied

Frank Oberbrunner, FDP
Mitglied

Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter

Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Metin Öztürk,
Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister

Thomas-Erik Junge, CDU
Bürgermeister

Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

Anne Janz, B90/Grüne
Stadträtin

Norbert Witte, CDU
Stadtbaurat

Schriftführung

Nicole Schmidt,
Schriftführerin

Edith Schneider,
-16-

The image shows a series of horizontal lines for signatures. From top to bottom: a large scribble; 'K. Boeddinghaus'; a signature; a signature; 'B. Häfner'; 'N. Yildirim'; 'M. Öztürk'; 'Bertram Hilgen'; 'Thomas-Erik Junge'; 'entschuldigt'; 'Anne Janz'; 'Norbert Witte'; 'Nicole Schmidt'; and 'Edith Schneider'.

Verwaltung/Gäste

Hecklerich -20-

Re-Beige - 20-

Prüfung - 52-

A - 14-

KoG 16

Brandix -11-

Gelleg KVV

Haller -70-

Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2009; - Liste 2/2009 -

Berichtersteller/-in: Stadtkämmerer Dr. Barthel

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 f Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 2/2009 enthaltene Mehraufwendung/-auszahlung (wirkt sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2009 wie eine über- und außerplanmäßige Aufwendung/Auszahlung aus)
im Finanzhaushalt in Höhe von 55.000,00 €.“

Begründung:

In der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung sind die Vorschriften des § 114 g HGO hinsichtlich der Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen nicht anwendbar, weil die Haushaltssatzung noch nicht in Kraft ist. Zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2009 bedarf es noch der Genehmigung der Aufsichtsbehörde für die genehmigungspflichtigen Teile dieser Satzung und danach der Bekanntmachung.

Gemäß § 114 f Abs. 1 HGO darf die Gemeinde jedoch während der vorläufigen Haushaltsführung die Ausgaben leisten, zu deren Leistung sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Da die Berechtigung zur Leistung von Ausgaben gemäß § 114 f Abs. 1 HGO weitgehend mit den Anforderungen an über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g HGO identisch ist, werden bei der Prüfung der im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung beantragten Mehraufwendungen/-auszahlungen die gleichen Voraussetzungen wie bei der Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gefordert.

Während der vorläufigen Haushaltsführung können Mehrausgaben gemäß der Richtlinien über die Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben ausschließlich von Magistrat (bis 50.000 €; in Fällen, die keinen Aufschub dulden bis 100.000 €) oder Stadtverordnetenversammlung bewilligt werden. Die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung ist unabhängig von Wertgrenzen auch dann gegeben, wenn ein Zuschuss an Dritte gezahlt werden soll.

Die beantragte Mehraufwendung/-auszahlung und der Deckungsvorschlag sind auf der Rückseite des Einzelantrages begründet.
Die beantragte Mehraufwendung/-auszahlung hat keine Auswirkungen auf den Kreditbedarf des Finanzhaushaltes.

Der Magistrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 09.03.2009 beschlossen.

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister

1

-VI - / - 65 -
Dezernat/Amt

Kassel, 19. Januar 2009
Sachbearbeiter/in: Frau Schubert
Telefon: 6065

Antrag auf Bewilligung einer über-/außerplanmäßigen Aufwendung oder Auszahlung

gem. § 114 g Abs. 1 HGO gem. § 70 Abs. 3 i. V. m. § 114 g Abs. 1 Satz 2 HGO

Haushaltsjahr	2009		
Teil-HH.(Nr./Bez.)	650	Investitionen	Budget 7-65000-I001 Gebäudewirtschaft-Baukosten
Sachkonto	054 000 001	neu: 054 100 001	Zugänge Verwaltungsgebäude
Kostenstelle	650 00 101	Entwurf und Planung Hochbau einschl. Innenausbau	
Investitions-Nr.	650 0005 100	Rathaus, Baukosten	
Verfügbare Mittel (= Haushaltsansatz ./. Sperrungen + bisherige Bewilligungen)	250.000,00 €		
Davon bereits verplant	250.000,00 €		
Beantragte über-/außerplanmäßige Mittel *	55.000,00 €		

Deckung

(Wenigeraufwendungen/-auszahlungen oder Mehrerträge/-einzahlungen; Mehrerträge/-einzahlungen im Ergebnishaushalt ausschließlich zweckgebunden):

Teil-HH.(Nr./Bez.)	650	Investitionen	Budget 7-65000-I002 Gebäudewirtschaft-Bauliche Verbesserungen
Sachkonto	054 000 001	neu: 054 100 001	Zugänge Verwaltungsgebäude
Kostenstelle	650 00 201	Gebäudeneubau, Gebäudesanierung, Gebäudeunterhaltung	
Investitions-Nr.	650 0005 200	Rathaus -Baul. Verbesserungen-	
Teil-HH.(Nr./Bez.)			
Sachkonto			€
Kostenstelle			
Investitions-Nr.			
Teil-HH.(Nr./Bez.)			
Sachkonto			€
Kostenstelle			
Investitions-Nr.			
Deckungsmittel insgesamt *	55.000,00 €		

* Beträge müssen übereinstimmen !

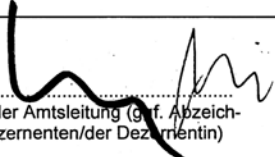
Eingehende Begründung

1. der Mehraufwendung/-auszahlung

Im Rahmen der geplanten Illumination historischer Gebäude und Denkmäler soll die Außenfassade des Rathauses angestrahlt werden. Die Maßnahme war zum Zeitpunkt der Haushaltsplan-aufstellung noch nicht bekannt. Um sie bis zur 100-Jahr-Feier des Rathauses fertig stellen zu können, müssen entsprechende Aufträge umgehend vergeben werden. Laut der vorliegenden Kostenschätzung wird die dauerhafte Installation der Beleuchtung der Rathausfassade 55.000,00 € betragen.

2. des Deckungsvorschlages

Zur Deckung stehen Mittel aus der Flursanierung im Rathaus in Höhe von 55.000,00 € zur Verfügung.


.....
Unterschrift der Amtsleitung (ggf. Abzeichnung des Dezernenten/der Dezernentin)

.....
Mitzeichnung beteiligter Ämter

Entscheidung:

- Die vorstehend beantragten Mittel und der Deckungsvorschlag werden genehmigt.
 Der Antrag wird abgelehnt.

.....
Datum/Unterschrift

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2008; - Kenntnisnahme Liste IX/2008 -

Berichtersteller/-in: Stadtkämmerer Dr. Barthel

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von der in der beigefügten Liste IX/2008 gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO
bewilligten Aufwendung/Auszahlung

im Ergebnishaushalt in Höhe von 48.600,00 €

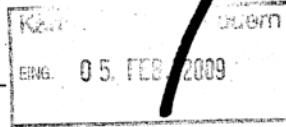
Kenntnis zu nehmen.

Begründung:

Die Zuständigkeit des Magistrates für die Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen ergibt sich aus den am 15.05.2006 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen „Richtlinien über die Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben“. Danach obliegt die Zuständigkeit dem Magistrat bei Bewilligungen über 25.000 € bis einschl. 50.000 € je Einzelfall, in Fällen, die keinen Aufschub dulden, bis zum Betrag von 100.000 €. Der Stadtverordnetenversammlung ist hiervon Kenntnis zu geben. Die beantragte Mehraufwendung/-auszahlung und der Deckungsvorschlag sind auf der Rückseite des Einzelantrags begründet. Der Magistrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 23.02.09 beschlossen.

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister

- V - / - 40 -
Dezernat/Amt



Kassel, 2. Februar 2009
Sachbearbeiter: Herr Bork
Telefon: 12 50

1

Antrag auf Bewilligung einer über-/außerplanmäßigen Aufwendung oder Auszahlung

gem. § 114 g Abs. 1 HGO gem. § 70 Abs. 3 i. V. m. § 114 g Abs. 1 Satz 2 HGO

Haushaltsjahr	2008	
Teil-HH.(Nr./Bez.)	40001 Schulverwaltungsamt/Sonstige schulische Aufgaben	
Sachkonto	784 210 000 (Schülerbeförderungskosten)	
Kostenstelle	400 00 802	
Investitions-Nr.		
Verfügbare Mittel (= Haushaltsansatz ./. Sperrungen + bisherige Bewilligungen)		1.200.000,00 €
Davon bereits verplant		1.200.000,00 €
Beantragte über-/außerplanmäßige Mittel *		48.600,00 €

Deckung

(Wenigeraufwendungen/-auszahlungen oder Mehrerträge/-einzahlungen; Mehrerträge/-einzahlungen im Ergebnishaushalt ausschließlich zweckgebunden):

Teil-HH.(Nr./Bez.)	40002 Grund-, Haupt- und Realschulzüge	
Sachkonto	617 921 000 (Beköstigung)	20.000 €
Kostenstelle	400 00 108	
Investitions-Nr.		
Teil-HH.(Nr./Bez.)	40002 Grund-, Haupt- und Realschulzüge	
Sachkonto	617 921 000 (Beköstigung)	10.000 €
Kostenstelle	400 00 124	
Investitions-Nr.		
Teil-HH.(Nr./Bez.)	40002 Grund-, Haupt- und Realschulzüge	
Sachkonto	617 921 000 (Beköstigung)	18.600 €
Kostenstelle	400 00 125	
Investitions-Nr.		
Deckungsmittel insgesamt *		48.600,00 €

* Beträge müssen übereinstimmen !

Eingehende Begründung

1. der Mehraufwendung/-auszahlung

Bei der Schülerbeförderung sind im Laufe des Jahres 2008 Mehraufwendungen in Höhe von ca. 140.000,0 € angefallen. Davon konnten 48.400 € nicht im betroffenen Deckungskreis (Budget) kompensiert werden. Die Überschreitung des Ansatzes wurde durch technische Fehler in 2008 nicht bemerkt, so dass eine zeitnahe Anpassung des Ansatzes mit Hilfe eines überplanmäßigen Antrages nicht erfolgt ist. Wir bitten daher nachträglich um Bereitstellung der fehlenden Mittel.

2. des Deckungsvorschlages

Als Deckung können Mittel aus dem Sachkonto für Beköstigung herangezogen werden. Die Aufwendungen für Beköstigung unterliegen starken Schwankungen und können nicht exakt geplant werden.


.....
Unterschrift der Amtsleitung (ggf. Abzeichnung des Dezernenten/der Dezernentin)

.....
Mitzeichnung beteiligter Ämter

Entscheidung:

- Die vorstehend beantragten Mittel und der Deckungsvorschlag werden genehmigt.
 Der Antrag wird abgelehnt.

.....
Datum/Unterschrift

Personalsituation in der Kinder- und Jugendförderung

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen

Wir fragen den Magistrat

zur Personalentwicklung im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit
(Jugendzentren, aufsuchende Arbeit - ohne Verwaltungsstellen und betreutes
Wohnen):

1. Wie viele MitarbeiterInnen waren zum Stichtag 01.01.2005 in der Abteilung Kinder- und Jugendförderung beschäftigt?. Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 1.2. Wie viele MitarbeiterInnen wurden im Laufe des Jahres 2005 in dem Bereich eingestellt? Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 1.3. Wie viele der Einstellungen waren befristet? Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 1.4. Welches waren die Befristungsgründe? Bitte Zahlenmäßige Zuordnung der Befristungen zu den Befristungsgründen.
- 1.5. Wie viele der 2005 mit befristeten Arbeitsverhältnissen eingestellten Mitarbeiterinnen sind noch heute für die Stadt Kassel tätig? Wie viele dieser Beschäftigungsverhältnisse sind davon immer noch befristet?
- 1.6. Wie viele Stunden wurden im Jahr mit der Beschäftigung von Honorarkräften in diesem Bereich zusätzlich eingekauft?
2. Wie viele MitarbeiterInnen waren zum Stichtag 01.01.2006 in der Abteilung Kinder- und Jugendförderung beschäftigt?. Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 2.2. Wie viele MitarbeiterInnen wurden im Laufe des Jahres 2006 in dem Bereich eingestellt? Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 2.3. Wie viele der Einstellungen waren befristet? Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).

- 2.4. Welches waren die Befristungsgründe? Bitte Zahlenmäßige Zuordnung der Befristungen zu den Befristungsgründen.
- 2.5. Wie viele der 2006 mit befristeten Arbeitsverhältnissen eingestellten Mitarbeiterinnen sind noch heute für die Stadt Kassel tätig? Wie viele dieser Beschäftigungsverhältnisse sind davon immer noch befristet?
- 2.6. Wie viele Stunden wurden im Jahr mit der Beschäftigung von Honorarkräften in diesem Bereich zusätzlich eingekauft?
3. Wie viele MitarbeiterInnen waren zum Stichtag 01.01.2007 in der Abteilung Kinder- und Jugendförderung beschäftigt?. Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 3.2. Wie viele MitarbeiterInnen wurden im Laufe des Jahres 2007 in dem Bereich eingestellt? Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 3.3. Wie viele der Einstellungen waren befristet? Angaben bitte als Zahl der tatsächlich Beschäftigten und als Zahl der Vollzeitstellen (VZÄ).
- 3.4. Welches waren die Befristungsgründe? Bitte Zahlenmäßige Zuordnung der Befristungen zu den Befristungsgründen.
- 3.5. Wie viele der 2007 mit befristeten Arbeitsverhältnissen eingestellten Mitarbeiterinnen sind noch heute für die Stadt Kassel tätig? Wie viele dieser Beschäftigungsverhältnisse sind davon immer noch befristet?
- 3.6. Wie viele Stunden wurden im Jahr mit der Beschäftigung von Honorarkräften in diesem Bereich zusätzlich eingekauft?
4. Ist es zutreffend, dass z. Zt. Neueinstellungen im diesem Bereich grundsätzlich bzw. regelhaft befristet werden? (Wenn ja bitte mit Angaben der üblichen Befristungszeiten und der Gründe.)
5. Wie beurteilt der Magistrat die Auswirkungen der Personalentscheidungen (Befristungen / Umsetzungen), die aus Gründen der Personalbewirtschaftung, also aus nichtpädagogischen, nicht fachlichen Gründen getroffen werden, auf die Qualität der Kinder- und Jugendarbeit gerade im Hinblick auf die Prinzipien von Kontinuität und Verlässlichkeit?
6. Oberbürgermeister Bertram Hilgen hat mehrfach öffentlich erklärt, dass die Feuerwehr, die Beschäftigten in den Kindertagesstätten und auch die Beschäftigten in der Kinder- und Jugendförderung von dem Prinzip der Stellenbesetzungssperre ausgenommen sind. Ist es zutreffend, dass die Ausnahmeregelung im Bereich der Kinder- und Jugendförderung nur deswegen zugestanden wird, weil dort 1,5 Stellen dauerhaft nicht besetzt werden? Haben auch die beiden anderen Bereiche (Feuerwehr und Kindertagesstätten) "Gegenleistungen" erbringen müssen, um hier bei der Stellenbewirtschaftung eine Sonderrolle einnehmen zu können?

Um schriftliche Antwort wird gebeten. Ferner wird darum gebeten, die Antwort dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnisnahme zu übermitteln.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.16.1199

Kassel, 04.02.2009

Fortschreibung des Gebäudesanierungs- sowie des Gebäudeneubauprogramms

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung sowie
in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

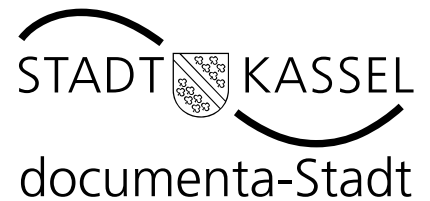
Der Magistrat wird aufgefordert, in Konsequenz aus den über das Hessische Sonderinvestitionsprogramm Schul- und Hochschulbau sowie über die im Rahmen des Konjunkturpaketes II des Bundes zu realisierenden Hochbausanierungsmaßnahmen nach der Beschlussfassung und der entsprechenden Bewilligung der Projekte durch Land und Bund das Gebäudesanierungsprogramm sowie das Gebäudeneubauprogramm zu überarbeiten und fortzuschreiben. Ziel soll sein, bereits für den Haushalt 2010 ein Investitionsprogramm für die folgenden Jahre vorzulegen, welches die weiteren notwendigen Sanierungs- und Baumaßnahmen im Schulbereich enthält, die nicht durch die genannten Förderprogramme realisiert werden konnten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bodo Schild

gez. Eva Kühne-Hörmann
Fraktionsvorsitzende



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung



Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
E-Mail info@gruene-kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.1203

Kassel, 22.01.2009

**Umsetzung des Zukunftsprogrammes der Stadt Kassel
- hier: Leuchtturmprojekt "Science Park"**

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen

Wir fragen den Magistrat:

Welchen Stand haben Planung und Umsetzung des Leuchtturmprojektes
„Science Park“?

Hierbei bitten wir insbesondere auf folgende Aspekte einzugehen:

1. Auswahl und Verfügbarkeit des Grundstückes
2. Konzeption
3. Bauplanung
4. Investitionsfinanzierung
5. Trägerschaft
6. Vertragsausgestaltung
7. lfd. Betriebs- und Personalkosten einschließlich geplante Finanzierung
8. Zeitplanung

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Rüschenorf

gez. Karin Müller
Fraktionsvorsitzende

Vorlage Nr. 101.16.1219

Kassel, 18.02.2009

Finanzieller Zuschuss für Jugendliche in Karnevalsvereinen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Den Karnevalsvereinen in der Stadt Kassel wird, analog zu den Regelungen für die Sportvereine, zur Förderung ihrer Jugendarbeit ein finanzieller Zuschuss für jedes jugendliche Mitglied gezahlt. Der Magistrat wird aufgefordert festzustellen, in welcher Höhe zusätzliche Haushaltsmittel erforderlich sind und vorzuschlagen, wie diese noch in 2009 bereitgestellt werden können.

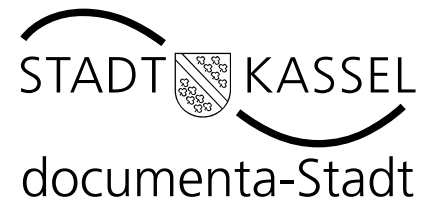
Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Stähling-Dittmann

gez. Dr. Norbert Wett
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung



Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 3310
Telefax 0561 787 3312
E-Mail
info@fdp-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.1220

Kassel, 17.02.2009

Raumbedarfs- und Nutzungskonzept für die Städtische Verwaltung

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt für die Städtische Verwaltung ein Bedarfs- und
Raumnutzungskonzept zu erstellen.

Begründung:

Bevor bisher genutzte Räumlichkeiten aufgegeben und neue angemietet oder sogar
neu gebaut werden, ist eine vorherige Bedarfsermittlung sinnvoll und notwendig, um
mögliche Überkapazitäten und zu viele neue Leerstände im innerstädtischen Bereich
zu verhindern.

Berichterstatter: Stadtverordneter Oberbrunner

gez. Frank Oberbrunner
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.16.1225

Kassel, 19.02.2009

Reduzierung der Abfallentsorgungsgebühren

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bis zum 30.06.2009 ein Konzept zur mittelfristigen Reduzierung der Abfallentsorgungsgebühren vorzulegen. Ziel soll sein, die Entsorgungsgebühren in der Stadt Kassel auf ein Niveau der Gebühren im Landkreis Kassel zu bringen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kalb

gez. Eva Kühne-Hörmann, MdL
Fraktionsvorsitzende

**Web-Service zum Bürgerengagement in der Stadt Kassel durch Beteiligung
an dem Bundesprojekt "Engagierte Kommunen"**

Gemeinsamer Antrag

zur direkten Überweisung in den
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich in Zusammenarbeit mit dem
Freiwilligenzentrum Kassel an dem Modellprojekt „Engagierte Kommunen“
des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zu
beteiligen.

Begründung:

- Im Rahmen des neuen Programms: „Freiwilligendienste aller Generationen“
des BMFSFJ startet Ende März 2009 das bundesweite Modellprojekt: „2000
kommunale Internet-Plattformen für das bürgerschaftliche Engagement“
(Engagierte Kommunen). Über eine Laufzeit von drei Jahren wird der Aufbau
von kommunalen Internet-Plattformen bei zunächst 2.000 teilnehmenden
Gemeinden gefördert und finanziell unterstützt. Die Umsetzung erfolgt über
das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (bbe).

Über dieses Projekt lassen sich umfangreiche Mitwirkungsmöglichkeiten
(angefangen von Zeitspenden, Geldspenden bis hin zu
generationsübergreifenden Freiwilligendiensten und anderen kommunalen
Beteiligungsmöglichkeiten) auf den kommunalen Webseiten integrieren. Ende
März beginnt die Anmeldephase für dieses Projekt mit einem persönlichen
Anschreiben an den Oberbürgermeister. Als Anreiz zur Teilnahme werden pro
Kommune 2.000 Euro ausgeschüttet sowie eine Projektbegleitung und
Fortbildungen zur Etablierung dieser Strukturen und zur Vernetzung mit
lokalen FreiwilligenZentren angeboten. (mehr Informationen siehe:
www.engagierte-kommunen.de).

Im Ergebnis könnten sich über die Homepage der Stadt Kassel unter dem Portal „Leben in Kassel“ (Arbeitstitel) die Bürgerinnen und Bürger darüber informieren, wo und wie sie sich in Kassel engagieren und beteiligen können. Das Informationsangebot umfasst dabei im Grundsatz alle städtischen Themenbereiche.

Das FreiwilligenZentrum Kassel ist maßgeblich an der Entwicklung des Projektes „Engagierte Kommunen“ beteiligt. Es bietet schon heute ein qualitätsorientiertes Intranet mit Schnittstelle zum Internet zur Überwachung und Pflege von Engagementmöglichkeiten. Dieses könnte über das Modellprojekt auch langfristig für die Stadt Kassel ausgebaut werden. Damit ist eine Beteiligung der Stadt Kassel ohne aufwändige Hard- und Softwareinvestitionen und Personaleinsatz zu realisieren.

- Beitrag zur Umsetzung des Zukunftskonzeptes der Stadt Kassel (Demograf. Wandel) mit dem Ziel der Stärkung von „Bürgerverantwortung und Bürgerstolz“
- Förderung des Ehrenamtes und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt und seinen Quartieren sowie
- Unterstützung nachhaltiger Engagementstrukturen als wichtige Säulen des Gemeinwesens
- Herstellung von Transparenz bei (planerischen) Entscheidungen und Projektumsetzungen
- Ausbau bürgerorientierte Angebote fördert Integration und ist ein Beitrag zur Sicherung des Stadtfriedens
- Engagementpolitische Folgerungen für Kassel aus dem Forschungsprojekt der Hochschule Darmstadt mit Unterstützung der Hessischen Ehrenamtskampagne „Gemeinsam Aktiv - Bürgerengagement in Hessen“ (2006/2007.)

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Rüschedorf

Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Gernot Rönz
Stellv. Fraktionsvorsitzender B90/Grüne